

12.02.2019 - 10:00 Uhr

Interpharma unterstützt das institutionelle Abkommen

Basel (ots) -

Als Vertreterin der grössten Exportbranche der Schweiz unterstützt Interpharma den Bundesrat in seinem Bestreben den bilateralen Weg zu erhalten. Der vorliegende Entwurf des institutionellen Abkommens (InstA) sichert dabei den Zugang zum EU-Binnenmarkt und sorgt durch den implementierten Streitbeilegungsmechanismus für mehr Rechts- und Planungssicherheit.

Interpharma unterstützt nach Abwägung der Vor- und Nachteile den vorliegenden Entwurf des institutionellen Abkommens (InstA) im Interesse des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz.

2018 exportierte die Schweizer Industrie Produkte im Wert von rund 120 Milliarden Schweizer Franken in die EU. Damit ist die EU der wichtigste Absatzmarkt der Schweiz und insbesondere auch der pharmazeutischen Industrie. Mit Ausfuhren von fast 90 Milliarden Franken, davon geht rund die Hälfte in die EU, exportiert die forschende Pharmaindustrie über 20-mal so viel, wie sie in der Schweiz Umsatz erzielt. Die Pharmabranche ist deshalb auf den freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt angewiesen.

Darum fordert Interpharma:

- Ein Ja zum InstA für den Erhalt des Zugangs zum Europäischen Binnenmarkt als wichtigsten Absatzmarkt und eine Weiterentwicklung bestehender und zukünftiger Marktzugangsabkommen mit der EU.
- Einen politisch sachlichen Diskurs zur Klärung der offenen Fragen.

«Das InstA bietet die Chance, den bilateralen Weg zu sichern. Der wirtschaftliche Nutzen des InstA ist für die Pharmabranche gross», sagt René Buholzer, Geschäftsführer von Interpharma. Für die Pharmaindustrie sind insbesondere die Abkommen über die technischen Handelshemmnisse und die Personenfreizügigkeit entscheidend. Alleine die Konformitätsanerkennung für Pharmaprodukte verhindert Mehrkosten von jährlich 150 bis 300 Millionen Franken. Die Personenfreizügigkeit ermöglicht eine unbürokratische und rasche Rekrutierung von qualifizierten Fachkräften aus der EU. Eine wissensintensive Industrie ist darauf angewiesen, auch in Zukunft qualifizierte Fachleute aus dem Ausland anwerben zu können. Nebst der Erosion der bestehenden Marktzugangsabkommen riskiert die Schweiz ohne InstA auch die Nichterneuerung weiterer Abkommen, wie beispielsweise das für den Forschungsstandort wichtige Forschungsabkommen.

Ohne eine Regelung der institutionellen Fragen ist die EU nicht bereit, weder bestehende Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen zu aktualisieren, noch neue Marktzugangsabkommen abzuschliessen. Um den bilateralen Weg zu erhalten, den Ausbau des Marktzugangs weiter voranzutreiben und die Erosion der existierenden Marktzugangsabkommen zu verhindern, erachtet Interpharma ein institutionelles Abkommen als notwendig.

Kontakt:

Dr. René Buholzer, Geschäftsführer Interpharma,
Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz,
Tel. 061 264 34 00

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100002276/100824795> abgerufen werden.